

Artikel vom 02.09.2013

## Abrechnungsstelle für Rhön-Grabfeld

# Abrechnungsstelle für Rhön-Grabfeld

Dorothee Bär, MdB und Dr. Bernd Weiß, MdL, fordern die Staatsregierung auf, die Gebührenabrechnungsstelle für Aussiedler und Asylbewerber (GASt) im Landkreis Rhön-Grabfeld anzusiedeln. Es handelt sich bei der GASt um eine staatliche Behörde, durch deren Ansiedlung Stellen für Beamte vor Ort geschaffen werden. Bereits im April hatte das Bayerische Kabinett beschlossen, dass die GASt in Unterfranken zentralisiert wird

"Rhön-Grabfeld ist der ideale Standort für die Gebührenabrechnungsstelle. Es würde mit einer solchen Entscheidung der ländliche Raum gefördert", so Dorothee Bär, MdB. "Unsere Region bietet für eine solche Abrechnungsstelle die richtige Infrastruktur. Das Aufwachsen der Personalstamms in der Behörde gibt zudem jungen Beamten aus Rhön-Grabfeld die Möglichkeit, in ihrer Heimat zu bleiben oder hierher zurückzukehren", so Dr. Bernd Weiß, MdL. "Wir fordern die Staatsregierung daher auf, die Gebührenabrechnungsstelle für Aussiedler und Asylbewerber in einer Stadt oder Gemeinde in Rhön-Grabfeld zu zentralisieren", so die beiden Abgeordneten.

Zum Hintergrund:09.04.13

Bericht aus der Kabinettsitzung:

Gebührenabrechnungsstelle für Aussiedler und Asylbewerber wird im Regierungsbezirk Unterfranken zentralisiert / Innenstaatssekretär Eck: „Neue Arbeitsplätze für Unterfranken / Klares Zeichen für Stärkung des ländlichen Raums“. Die Gebührenabrechnungsstelle für Aussiedler und Asylbewerber (GASt) wird für ganz Bayern im Regierungsbezirk Unterfranken zentralisiert. Darauf hat sich das Kabinett heute in Würzburg geeinigt; über den genauen Standort wird der Ministerrat in den nächsten Wochen entscheiden. Innenstaatssekretär Eck: „In Unterfranken werden so neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit setzt die Staatsregierung ein klares Zeichen für die Stärkung Unterfrankens. Die GASt der Regierung von Unterfranken wird damit für ganz Bayern für die Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständig sein. Die sechs Gebührenabrechnungsstellen in den anderen Regierungsbezirken werden dann schrittweise nach Unterfranken verlagert. Die Stellenverlagerung soll sozialverträglich erfolgen. Erste Umsetzungen werden bereits in diesem Jahr angestrebt.

Siehe auch:

